



Fehérváry, Stangl: Gewalt und Frieden
Vom Umgang mit Gewalt

Der von János Fehérváry und Wolfgang Stangl herausgegebene Band steht im Kontext des österreichischen Projekts »Sicherheitsakademie«. Dieses Projekt zielt auf eine Reformierung polizeilicher Ausbildung, die das traditionelle, an Rechtsnormen und spezieller Polizeitaktik orientierte polizeiliche Selbstverständnis durch eine verstärkte Fokussierung auf den Erwerb und Ausbau sozial-kommunikativer Konfliktmanagement-Fähigkeiten zu modernisieren beabsichtigt. Ein großer Teil der Beiträge bezieht sich folglich auf unterschiedliche Handlungsfelder der Polizei, auf deren Wahrnehmung der »Realität« und auf konkrete Perspektiven und Programme zur Veränderung der »Sicherheitsexekutive«. Was das Buch zusätzlich reizvoll und über polizeispezifische Fragestellungen hinaus interessant werden läßt, sind eine Reihe von Beiträgen, die sich mit der gesellschaftlichen – vor allem der massenmedialen – Wahrnehmung von Gewalt befassen. Wie die Herausgeber in ihrer Einleitung betonen, liefert der Band keine genauen Definitionen von Gewalt und Frieden. Dieser Verzicht bekommt dem Buch gut, denn die theoretischen Beiträge reflektieren eher vorhandene Selbstverständlichkeiten in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Gewalt, und die empirischen Beiträge zeichnen sich dadurch aus, daß die Analysen an konkreten (polizeilichen) Handlungsfeldern und Konfliktsituationen ansetzen, in denen Gewalt zur Bearbeitung eingesetzt wird.

Im Zentrum der empirischen Beiträge stehen Konfliktsituationen, die aus der Interaktion mit der Polizei resultieren bzw. unter Involvement der Polizei bearbeitet werden.

Dabei werden die unterschiedlichsten Konfliktkonstellationen und -strukturen herausgearbeitet, die sich als besonders gewaltträchtig erweisen. Birgit Haller, Ilse König und Anton Pelinka stellen Ergebnisse einer Untersuchung zu Konflikten zwischen Polizei und BürgerInnen vor. Hier fragen sie nach den Merkmalen der sozialen Situationen, in denen Polizeiübergriffe geschehen, wie auch nach denen, in denen die Gewalt gegen die Polizei gerichtet wird. Jenseits grob vereinfachender (Feind-) Bilder kommen sie zu dem Ergebnis, daß es eher Routinesituationen des polizeilichen Alltags sind – und nicht etwa der Bereich der Schwerstkriminalität –, in denen Konflikte mit der Polizei oder private Konflikte durch Polizeiintervention eskalieren. Die AutorInnen identifizieren strukturelle Konflikte im Umgang zwischen Polizei und BürgerInnen, wobei es beiden Parteien an einem angemessenen Repertoire für eine Konfliktbewältigung mangle – und folgern daraus die Notwendigkeit eines Konflikttrainings für die Polizei. Polizeiübergriffe (gegen Fremde) sind auch das Thema des Beitrags von Manfred Murck. Er führt sie vor allem auf polizeiorganisatorische Bedingungen zurück und plädiert für die Fortsetzung und längerfristigen Verankerung der in der Bundesrepublik bereits begonnenen Bildungsarbeit, »um die Polizei auf ihre Rolle in einer ›multikulturellen‹ (...) beziehungsweise ethnisch-differenzierten Gesellschaft besser vorzubereiten« (S. 45).

Mit einer besonderen Konfliktsituation, in die die Polizei regelmäßig involviert wird, befaßt sich Christa Pelikan. Sie liefert einen sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart des häuslichen Gewaltverhältnisses umfassenden Beitrag, der historisch, ethnologisch und soziologisch informiert die Form und Problematik gegenwärtiger »Gattenherrschaft« herausarbeitet. Gerade der Niedergang des Patriarchats, die Bedrohung herkömmlicher Formen der Männerherrschaft, wird als eine Quelle der (maßlosen) Gewalttätigkeit gegen Ehefrauen ausgemacht. Die konkreten Konfliktsituationen, die sich aus dieser Problematik ergeben, stellen hohe Anforderungen an die Professionalität des polizeilichen Handelns, dem die Autorin eine herausragende Bedeutung im Sinne einer pragmatischen und eher kurz-

fristigen »Krisenintervention« zuspricht.

Den zweiten Schwerpunkt des Bandes bilden Beiträge, die die gesellschaftlichen (und damit auch polizeilichen) Wahrnehmungsweisen von Gewalt diskutieren. In all diesen Beiträgen geht es mehr oder weniger explizit um die Frage der Wirkungsmächtigkeit massenmedialer Gewaltdarstellungen. Eine Gemeinsamkeit der verschiedenen Beiträge findet sich in ihrer Zurückweisung einfacher Wirkungsvorstellungen im Sinne einer direkten Anleitung zu Gewalttaten. In den Beiträgen von Bernhard Rathmayr und Gabi Löschper finden sich jeweils fundierte Argumente gegen solche Wirkungsvorstellungen. Doch wo Rathmayr zur Kulturkritik an den modernen »Gewaltmedien«

ansetzt, indem er ihnen z.B. die Korrumpierung der Unterscheidungsfähigkeit des Publikums zwischen realer und medialer Gewalt vorhält – und damit letztlich doch am Wirkungsbegriff festhält –, stellt Löschper diesen grundsätzlich in Frage. Ihr zufolge wird er obsolet, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß Gewaltdarstellungen in den Medien nicht einfach ein Abbild realer vorfindbarer Ereignisse darstellen bzw. nicht durch diese determiniert werden, und daß auf der anderen Seite das Publikum nicht passives Opfer von Wirkungsprozessen ist, sondern aktiver und selektiver Akteur in Rezeptionsprozessen, in denen es den Mediendarstellungen seine eigenen Bedeutungen zuschreibt.

Mit Prozessen der Konstruktion von Gewalt befaßt sich auch der

NEUE BÜCHER

■ Rafael Behr
Cop Culture – Der Alltag des Gewaltmonopols
Verlag Leske + Budrich
Opladen
259 Seiten, DM 58,-

■ Friedrich Lösel/
Oliver Pomplun
Jugendhilfe statt Untersuchungshaft
Eine Evaluationsstudie zur Heimunterbringung
Centaurus-Verlagsgesellschaft
Pfaffenweiler
189 Seiten, DM 59,80

■ Richard Reindl/
Gabriele Kawamura (Hg.)
Menschenwürde und Menschenrechte im Umgang mit Straffälligen
Lambertus-Verlag
Freiburg im Breisgau
136 Seiten, DM 26,-

■ Winfried Hassemer
Strafen im Rechtsstaat
Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden
308 Seiten, DM 124,-

■ Willi Fahnenschmidt
DDR-Funktionäre vor Gericht
Die Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption im letzten Jahr der DDR und nach der Vereinigung
Berlin Verlag Arno Spitz
Berlin
369 Seiten, DM 79,-

■ Heribert Ostendorf
Wieviel Strafe braucht die Gesellschaft?
Plädoyer für eine soziale Strafrechtspflege
Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden
219 Seiten, DM 68,-

MATERIALIEN

■ Heinz Cornel: Probanden der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende in Berlin – ihre Lebenslage und Erwartungen an das Hilfesystem, Berlin 2000, ISBN 3930523-12-4, 82 Seiten, DM 10,- (zzgl. Versandkosten), zu beziehen u.a. über Eigenverlag der Alice-Salomon-FH für Sozialarbeit, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin

DOKUMENTATION

■ **Opferhilfe contra Täterhilfe?**
Ein Seminar des Arbeitskreises Resozialisierung Nürnberg in Zusammenarbeit mit der Georg-von-Vollmar-Akademie und dem Bayerischen Landesverband für Gefangenensorge und Bewährungshilfe e.V.
Die 52 Seiten umfassende Broschüre kann für DM 12,- (zzgl. Porto) bezogen werden beim Arbeitskreis Resozialisierung, Kraußstraße 5, 90443 Nürnberg, Tel.: 0911/208557, Fax: 0911/2419379

Band 2 Carsten Leip

Der Straftatbestand der Geldwäsche

Zur Auslegung des § 261 StGB

Angesiedelt im Grenzbereich zwischen legaler und illegaler Teilnahme am Wirtschaftsverkehr läßt der Wortlaut des § 261 StGB Fragen offen. Allein im Hinblick auf den Kreis geldwäschetauglicher Auslandstaten hat der Gesetzgeber den Tatbestand hinreichend präzisiert. Weiterhin im Dunkeln bleibt, welche Anforderungen an den Zusammenhang von Vortat und Gegenstand der Geldwäsche zu stellen sind. In Verbindung mit der Ausgestaltung der inneren Tatseite führt diese Unbestimmtheit des objektiven Tatbestandes nach Ansicht mehrerer Autoren zur Verfassungswidrigkeit der Vorschrift. Die Studie zeigt, daß mittels einer teleologischen Interpretation der Tatbestandsmerkmale der Vorwurf zu widerlegen ist.

2., aktualisierte Auflage 1999, 192 S., gb., 58,- DM, 423,- ÖS, 53,- SFr
ISBN 3-87061-864-7

Band 4 Jörg Breyer

Der Inhalt der strafbefreienden Selbstanzeige

Der Verfasser zeigt, welche Anforderungen, an den Inhalt einer Selbstanzeige nach § 371 und § 378 Abs. 3 der Abgabeneordnung zu stellen sind. Er geht dabei von dem Charakter der Selbstanzeige als einer strafrechtlichen Wiedergutmachungsvorschrift aus und legt dar, daß es sich bei diesem Rechtsinstitut nicht um eine Ausnahmenvorschrift, sondern um eine beispielhafte Regelung handelt, die Vorbildfunktion für das gesamte Vermögensstrafrecht haben kann.

1999, 308 S., gb., 88,- DM, 642,- ÖS, 80,- SFr, ISBN 3-87061-718-7

Band 5 Alf-Tobias Dibbert

Ermittlungen in Großunternehmen

Immer öfter durchsuchen Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung mit großem Personalaufwand die Geschäftsräume von Großbanken wegen des Verdachtes der Steuerhinterziehung durch Kunden der Banken. Bei genauer Betrachtung dieser Vorgänge wird deutlich, daß Durchsuchungs- und Beschlagnahmehandlungen in Großunternehmen weder aus verfassungsrechtlicher noch aus strafprozessualer Sicht unproblematisch sind. Sowohl § 95 StPO als auch die §§ 102 ff. StPO ermöglichen den Zugriff auf die in Wirtschaftsstrafverfahren besonders wichtigen Sachbeweise. § 94 StPO bestimmt das weitere Verfahren. Es wird untersucht, wo bei der Gewinnung sachlicher Beweismittel die Grenzen zu einer willkürlichen Ausforschung liegen und wann der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht mehr gewahrt ist.

1999, 188 S., geb., 58,- DM, 423,- ÖS, 53,- SFr, ISBN 3-87061-719-5

Band 8 Ralph Matzky

Zugriff auf EDV im Strafprozeß

Rechtliche und technische Probleme der Beschlagnahme und Durchsuchung beim Zugriff auf das Beweismittel "EDV"

Zu Beginn wird gezeigt, daß sich der Begriff "Information" nur modellbezogen erklären und abgrenzen läßt. Nachfolgend wird § 94 StPO in seinem Wortlaut untersucht. Der Gegenstandsbegriff erfaßt im Gegensatz zur h.M. gleichwohl EDV-Daten. Das Wesen des Beweises als subjektiver Vergleichsvorgang zeigt deutlich, daß die potentielle Beweisbedeutung für jedes EDV-Objekt getrennt zu bestimmen ist. Ebenso läßt sich das Problem der Existenz standardisierter EDV-Objekte lösen. Die Sicherstellung kann sich nur auf Objekte beziehen, die dem Gegenstandsbegriff unterfallen. Das Kopieren von Daten ist eine zulässige Sicherstellung, während die h.M. dies nur als einen von § 94 StPO nicht gedeckten Sicherstellungsersatz betrachten dürfte. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip ist eine Restriktion hoheitlicher Gewalt, vermag diese jedoch nicht zu legitimieren. § 94 StPO ist wegen Verstoß gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht verfassungswidrig. Ergänzend tritt die Durchsuchung von und nach EDV-Systemen, insbesondere Mailboxen, hinzu. Dem leichteren Verständnis der Vorgänge kommt die Darstellung der EDV-Technik entgegen.

1999, XX+372 S., gb., 98,- DM, 715,- ÖS, 89,- SFr, ISBN 3-87061-845-0

Aus der Reihe Quellen zur Rechtsvergleichung

Band 54 Gregor Haas

Die Auslieferung in Frankreich und Deutschland

Bei den Bestrebungen nach verbesserter Zusammenarbeit, die mittlerweile auf der Tagesordnung nahezu jeder internationalen Organisation stehen, stellt sich die Frage, inwieweit die internationale Zusammenarbeit – wenigstens im Bereich der Staaten der Europäischen Union – vorangekommen ist. Die vorliegende Arbeit untersucht diese Frage für das Auslieferungsrecht in Deutschland und Frankreich und liefert eine erste ausführliche Darstellung des Auslieferungsrechts in den beiden Staaten. Sie konzentriert sich dabei vor allem auf die in den jeweiligen Rechtssystemen kontroversen oder sich aus dem internationalen Kontext ergebenden Hauptfragen. Besonderes Gewicht hat der Verfasser auf die Darstellung der Rechtsprechung gelegt und hierfür einschlägige französische wie deutsche Gerichtsentscheidungen, aber auch Entscheidungen der Organe der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in großer Zahl ausgewertet.

1999, 396 S., kart., 88,- DM, 642,- ÖS, 80,- SFr, ISBN 3-87061-870-1



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH

Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030/84 17 70-0 • Fax 030/84 17 70-21

E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de • Internet: <http://www.berlin-verlag.de>

Beitrag von Thomas Macho. Er zeigt an historischen Beispielen, wie »Jugend und Gewalt« von den Erwachsenen sowohl in den Bildern des jugendlichen Opfers als auch des jugendlichen Täters aneinandergelockt und für ihre eigenen Machtpolitiken benutzt werden. Der Beitrag regt dazu an, nach den Interessen der älteren Generation zu fragen, die hinter den gegenwärtigen, widersprüchlichen Skandalisierungen von Kindern und Jugendlichen stehen, die öffentlich nur noch in den Kategorien von Tätern und Opfern wahrgenommen werden. Auch Peter Strassers Beitrag zu »Asozialität, Gesellschaftsschutz und die Krise unserer Moral« fragt nach den Prozessen der Konstruktion von Wirklichkeit. Er untersucht die kriminologischen und gesellschaftlichen Grenzziehungen zwischen »sozial« und »asozial« und entwickelt dabei eine Kritik des gegenwärtigen moralischen Diskurses von einem Moralstandpunkt aus. Strasser sieht die Abwägung moralischer Prinzipien zunehmend durch »reaktive moralische Impulse« verdrängt, die massenmedial produziert werden. Er kritisiert den Verlust an Eindeutigkeit in der Perspektive, die in einen moralischen Zynismus, in das Spiel des moralischen Positionswechsels führe, und die die demokratische Gesellschaft letztlich entlegitimiere. Für Strasser lassen sich hinter den gegenwärtig zu beobachtenden Monsterisierungskampagnen – die neue Dämonen schaffen wie Serienkiller und Väter als Töchterchänder – kollektive Gefühle ausmachen, »die nicht mehr in erster Linie durch unwandelbare ethische Prinzipien strukturiert werden« (S. 151). Die aus dieser Moralposition heraus geführte Medienkritik impliziert allerdings wieder einen Wirkungsbegriff. Die Rezipienten erscheinen bei Strasser eher als Opfer von Manipulationen denn als kompetente und aktive Akteure, die die Medieninhalte vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebenssituation deuten.

Im letzten Teil des Buches werden konkrete Perspektiven für eine

»zivilere« Polizei entwickelt, die über ihr eigenes Handeln Gewalt nicht noch verstärkt und legitimiert, sondern einen Beitrag zur gesellschaftlichen Befriedung leisten kann. Richard Soyer argumentiert für eine Verstärkung der freundschaftlichen Aufgaben der Polizei und dafür, dem ohnehin stattfindenden konfliktschlichtenden polizeilichen Handeln einen rechtlichen Rahmen zu geben. Wolfgang Stangl unternimmt es abschließend, das sogenannte »New Yorker Modell« auf seine Zeitgemäßheit und Übertragbarkeit zu überprüfen. Seine Analyse läßt eine Zweigleisigkeit der »Zero Tolerance«-Politik der New Yorker Polizei sichtbar werden, die in der mittlerweile breit geführten Diskussion oft übersehen wird: Stangl sieht im repressiven Vorgehen der New Yorker Polizei ein altmodisches Konzept, das zudem auf überholten kriminalpolitischen Theorien beruhe; Modernität identifiziert er allein auf der »technischen« Seite der Organisationsentwicklung, von der insbesondere die organisatorischen Aspekte polizeilicher Selbstbeobachtung Vorbildcharakter hätten. Hier gelte es anzusetzen, nicht mit repressiven Strategien, sondern mit Weiterentwicklung und Ausbau des sozial-kommunikativen Handlungsprogramms der Polizei.

»Gewalt und Frieden« – so dürfte klar geworden sein – enthält nicht nur wichtige Beiträge zur Debatte über die Reformierung und Professionalisierung der Polizei, der Band versammelt auch einige der interessantesten jüngeren Beiträge zur Gewalt-Debatte jenseits von Definitionsquereilen und Standardkatalogen gesellschaftlicher Übel. Kurzum: ein Buch, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

Johannes Stehr

János Fehérvári, Wolfgang Stangl (Hg.)
Gewalt und Frieden
Verständigungen über die
Sicherheitsexekutive
 WUV Universitätsverlag Wien 1999
 198 Seiten, DM 39,-

VORSCHAU

Heft 3/2000 erscheint im August

Thema: »Randale« Studien zu Fußballfans und Polizei

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktion

Prof. Dr. Klaus Boers (Münster), Oliver Brüchert (Frankfurt),
 Prof. Dr. Heinz Cornel (Berlin), Prof. Dr. Helga Cremer-Schäfer (Bad Vilbel),
 Prof. Dr. Frieder Dünkel (Greifswald), Prof. Dr. Manuel Eisner (Zürich),
 Prof. Dr. Monika Frommel (Starnberg/Kiel),
 Dr. Anton van Kalmthout (Tilburg), Prof. Dr. Joachim Kersten (Konstanz),
 Hartmut Krieg (Bremen), Dr. Bernd Maelicke (Kiel),
 Dr. Arno Pilgram (Wien), Prof. Dr. Heribert Ostendorf (Schleswig),
 Prof. Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen (Berlin/Hamburg),
 Prof. Dr. Heinz Steinert (Wien/Frankfurt)

Koordination und Redaktionsanschrift

Oliver Brüchert
 Juliusstraße 41, 60487 Frankfurt
 Tel.: 0 69 - 798 2 50 87
 Fax: 0 69 - 798 2 32 08
 e-mail: bruechert@soz.uni-frankfurt.de

Kontakt: Niederlande

Dr. Anton van Kalmthout, Juristische Fakultät
 Hogeschoollaan 225, NL-Tilburg

Kontakt: Österreich

Dr. Arno Pilgram
 Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie
 Museumstraße 5
 A-1016 Wien, Postfach 1
 Tel.: 00 43 - 1 - 5 26 15 16
 Fax 00 43 - 1 - 5 26 15 16 10
 e-mail: Arno.Pilgram@univie.ac.at

Kontakt: Schweiz

Prof. Dr. Manuel Eisner
 ETH Zürich/UNB 13, CH-8092 Zürich
 Tel. + Fax: 00 41 - 1 - 6 32 55 59

Titel

Josef Heinrichs, Aachen

Heftgestaltung

Oliver Brüchert & Mac Freehand

Satz

Petra Kanitzer

Illustrationen und Photos

Oliver Weiss (S. 3, 5, 9); Catharina Hess (S. 3, 21); Josef Heinrichs (S. 22)

Neue Kriminalpolitik erscheint in der



Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Druck, Verlag und Anzeigenannahme:

**Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3-5,
 76530 Baden-Baden, Tel. (0 72 21) 21 04-0, Fax (0 72 21) 21 04-27**

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischem System.

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnenstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Erscheinungsweise: 4mal jährlich; 2mal jährlich mit dem Einhefter Kriminalsoziologische Bibliografie sowie dem Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie am Jahresende und der Jahrgangs-CD-ROM.

Bezugsbedingungen: Abonnementspreis jährlich DM 85,- (inkl. MwSt.), Studentenabonnement DM 60,- zuzüglich Porto und Versandkosten (zuzüglich MwSt. 7 %); Bestellungen nehmen entgegen: der Buchhandel und der Verlag; Abbestellungen vierteljährlich zum Jahresende. Zahlungen jeweils im voraus an: Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe, Konto 73 636-751 und Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266